

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Verlagspreis Nr. 288]

Mit der Illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Verlagspreis Nr. 288

Das „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Hauptstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.50. Monatlich 65 Pf. — Postgebühren Nr. 4052, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf. auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 117.

Dienstag, den 22. Mai 1906.

13. Jahrg.

Organ einer Weltlage.

## Von der südwestafrikanischen Sandwüste.

Schon aus der Meldung, daß trotz der Gefangennahme Morengas der Oberst Deirlling als Oberbefehlshaber nach Südwestafrika entsandt werden soll, geht hervor, daß man in maßgebenden Kreisen keineswegs der Ansicht ist, daß nunmehr auf ein baldiges Ende des südwestafrikanischen Abenteuers zu rechnen sei. Es hat vielmehr den Anschein, als sei man davon überzeugt, daß in Südwestafrika noch manches zu tun sei, wenn man sich auch davor hütet, in der Öffentlichkeit etwas von den Absichten der Regierung bekannt werden zu lassen.

Ein überaus düsteres Bild von der Lage in Südwestafrika entwirft aber ein Südwestafrikaner in einem Briefe, den die „Zukunft“ in ihrer neuesten Nummer veröffentlicht. In diesem Briefe heißt es:

„Auf die Gefahr hin, von Ihren Lesern als Schwärmer betrachtet oder gar nicht erst gelesen zu werden, will ich Ihnen doch wieder einmal vor meinen Wahrnehmungen und Befürchtungen einiges mitteilen. Ich habe nicht weit von der englisch-deutschen Grenze, nämlich vom Orangefluß, in einer Gegend, die seit zwölf Monaten endlose Transporte von Lebens- und Futtermitteln für die Verpflegung unserer Truppen und Zugtiere passieren, und ich sehe und höre hier manches, das den Optimisten behaglich, die mit Herrn von Lindquist die „Tribunale“ gekommen wähnen, ihre Illusionen zerstören könnte. Hier wird jetzt erzählt (Anfang April), wie an der Grenze mit Transportwagen aufgestauten Dünenkolonnen wegzogen, überhaupt noch in deutsches Gebiet vorzubringen. Zu verdienen wäre ihnen nicht, wenn sie ihre Last hätten, für eine hier gar nicht angebrachte Schnelligkeit ihr Leben in die Schanze zu schlagen. Hier und in der Kalahari ist ein wahres Schandeneß von „deutschen“, baskischen und britischen Schustern, die aus diesem Vorhaben zu dem großen „Verkauf“ aller Weissen“ betitelten Völkerverkauf einer nicht mehr fern Zukunft Afrikas ein schweres Geschäft machen und von denen manche der deutschen Regierung und zugleich den Hottentotten Waren verkaufen. Wir sind hier sehr überrascht, daß in Südwestafrika noch zwei Jahre gekämpft werden wird und muß, weil nächstens auch die ganze Ovambo-Nation sich gegen die deutsche Herrschaft erheben wird. Sie würde uns in ihrem Fieberfieber aber noch härter zusetzen als Hereros und Hottentotten zusammen. Mein Gewährsmann, der mehrere Ovambo-Häuptlinge sah, erzählt, sie seien schon im ganzen Teil von portugiesischen Häuptlingen mit Waffen und Munition reichlich versehen, die sie, ohne zu zögern, mit ihrem Vieh begehrt hätten. Bei den Ovambos aber handelt es sich um mindestens fünf, vielleicht zehnmal mehr kriegsfähige Männer als bei Hereros und Hottentotten. Mögen die Kraftmeter und Schießpulver heute noch über unsere Warnung lauschen! Wir haben vor zwei Jahren über die weißen „alten Südwestafrikaner“ gesagt, die in allen Richtungen aufmarschieren, mit tausend Mann Nachschub sei die Ordnung in der Kolonie in ein paar Monaten leicht wiederherzustellen.“ Rein: fünfzigtausend Mann brauchen wir, wenn wir die zu Hause vertauschte Arbeit im Süden der Kolonie auch nur in weiteren zwölf Monaten bestanden und durch eine kurze Demonstration vielleicht noch die Ovambos zurückzureden wollen. Um die Kolonie zu halten, muß noch viel tiefer in den Reichssäckel gegriffen und gleich in Massen, nicht wieder, allen Eingeborenen zum Hohn, in kleineren Trüppchen, wie bisher, die nötige Kolonialarmee herausgeschickt werden. Sonst wird uns eines schönen oder bösen Morgens die Massenerhebung der Ovambos noch bitterlicher überraschen als am 12. Januar 1904 der Hererouffstand. Zum Schluß möchte ich fragen, ob etwa unsere Militärärzte empfohlen haben, so ungeheure Spirituosenmengen, Schnaps, Lilöre, Bier, Wein, Champagner, für die Soldaten herbeizuschaffen. Der Tropenkenner kann nur den Kopf schütteln, wenn er die Alkoholtransporte Tag für Tag vorüberziehen sieht. Von allen Seiten wird meine eigene Beobachtung bestätigt, daß in Deutsch-Südwestafrika nach wie vor unumschlicht getrunken wird. Wir mißgönnen den geplagten Deuten wahrhaftig keinen Trunk süßen Bieres; aber wir hier arbeitenden und keinen nicht minder schwere Strapazen erdulenden Europäer ver-

dammen dies unsinnige Getrinke vor und während der Anstrengungen, denn wir wissen, daß es die Spannkraft der Leute beträchtlich herabsetzt und Verwandeln verzweifelt schreckliche Gefahren für die Wiederherstellung gibt.“

Der Briefschreiber, der anscheinend die Ansichten vieler Reise südwestafrikanischer Ansiedler wiedergibt, die ihrerseits sicher nicht ohne Verbindung mit militärischen Kreisen stehen, rühmt also nahezu mit Bestimmtheit mit einem Ovambo-Krieg. Nun ist allerdings von amtlicher Seite im Reichstage wiederholt erklärt worden, daß die deutsche Regierung nicht daran denke, einen Ovambo-Krieg zu provozieren, daß man vielmehr bemüht sein werde, die Ovambos in keiner Weise in die Kriegshändel hineinzuziehen; allein die bloße Tatsache der völligen Niederwerfung und Enteignung der Hereros und Hottentotten enthält für die Ovambos möglicherweise Anreiz genug, nicht erst einen späteren Angriff Deutschlands abzuwarten, sondern den vermeintlich günstigen Zeitpunkt zum Losschlagen selbst zu wählen. Sollte es aber tatsächlich zu einem solchen Ovambo-Krieg kommen, so würde ein solcher Krieg zweifellos jahrelang dauern und weit über Hunderte von Millionen verschlingen. Denn daß die Ovambos mindestens ebenso achtungswürdige Gegner sind wie die Hereros, das hat ja die schwere Niederlage bewiesen, die sie letzterzeit den Portugiesen beigebracht haben!

Die südwestafrikanische Sand- und Steinwüste kann uns also leicht noch weitere ungeheure Opfer an Gut und Blut kosten! Wir richten deshalb an die Regierung die Frage, was sie bis jetzt getan hat oder künftig zu tun gedenkt, um die furchtbare Ovambo-Gefahr abzuwenden. Möge die Regierung sich nicht nur ebenförmig am Blute zu sein, wie demonstrative Entsendung neuer Truppenmassen zur Einschüchterung der Ovambos, wie sie der Briefschreiber fordert. Wohl aber wäre es möglich, die Ovambos dadurch zu beruhigen und dauernd zu pacifizieren, daß man ihnen durch die Abschluß ihrer Verträge ihre Unabhängigkeit und ihren Landbesitz sicherte und zugleich Maßnahmen trafe, ihre wucherische Ausbreitung dieses Stammes durch habituelle Händler zu verhindern! In einem solchen Falle würde die Ovambo-Schwerelosigkeit nicht, einem vorteilhaften Vertrag einen verhängnisvollen Krieg vorzuziehen. Geschieht etwas Derartiges nicht, bedroht man im Gegenteil die Ovambos durch fortgesetzte Rüstungen, so scheinen uns die Befürchtungen des Briefschreibers nur zu begründet zu sein!

## Wirtschaftliche Nachrichten.

**Im Automobiltempo.** Der Reichstag erledigte am Sonnabend ein Pensum von geradezu ungeheurem Umfang. Frachtkarbensteuer, Fahrkartensteuer, Automobil-, Lanttemen- und Erbschaftsteuer, Manielergesetz und die Flottenvorlage sind dazu wurden in dritter Lesung angenommen. Wesentlich nach den Beschlüssen zweiter Lesung. Allen Gründern der Mehrheit legte die Mehrheit des plumpen Gewicht ihrer Stimmen entgegen. Sie stimmte für die Fahrkartensteuer, obwohl Graf Kautz in eigener Person den Widerspruch dieser Steuer nachwies — was ihn natürlich nicht hinderte, dafür zu stimmen. Der Nationalliberale Westermann stellte Wiederhergehen der Tabaksteuer, der Reichsparteiler Camp das der Brausteuer in angenehme Aussicht. Der Standpunkt unserer Fraktion wahrte beim Frachtkarbenstempel Genosse Lipinski, bei der Fahrkartensteuer die Genossen Lipinski, Herbert und v. Bollmar, der dem geschäftigsten Finanzminister v. Rhein haben gründlich heimleuchtete, bei der Erbschaftsteuer Genosse Bernstein. Wie beim Zolltarif, so entschieden auch diesmal Spahn der Hindermann als Wortführer der Mehrheit. — Am Montag stehen die erste und evtl. zweite Lesung des schwedischen Handelsvertrags und die Militärpensionsgesetze auf der Tagesordnung.

**Noch einmal der Fall Schöne.** Auf die lakonische Antwort des „Nordb. Allg. Ztg.“ in der Affäre Schöne versendet Genosse Viehnecht an die Berliner Presse einen zweiten längeren Artikel, der das offizielle Geschehen gründlich zerplüdt und dessen Schluß lautet:

„Die „Nordb. Allg. Ztg.“ sucht schließlich die ministerielle Anstiftung durch vorhandene „Erklärungen beteiligter Personen“ zu entschuldigen. Diese beteiligten Personen sind natürlich der Kriminalkommissar Schöne und Freiger v. Brodhufen. Kriminalkommissar Schöne, dessen kriminelles Sündenregister in der Presse schon breit aufgerollt ist, Kriminalkommissar Schöne, der, auch wenn er niemals den Kaufmann direkt angeklagt hätte, gerichtet wäre, Kriminalkommissar Schöne, der in der erwähnten Konferenz vom 22. April die von ihm jetzt anscheinend geübte Taktik durch die an den Kaufmann gerichteten Worte ausdrücklich ankündigte: „Merken Sie sich, Sie haben mit mir nichts zu tun, wir kennen uns nicht, Sie

siehen nur mit Herrn v. Brodhufen in Verbindung“, Kriminalkommissar Schöne, der schließlich, als der Kaufmann zu einer späteren Konferenz nicht wieder erscheinen wollte, ihn durch die telephonische Drohung: „Dann werden wir andere Schritte ergreifen!“ in höchste Angst versetzt hat.

Und Herr v. Brodhufen, der an alledem mit schuldig ist, der vielleicht sogar bei alledem der böse Geist des Herrn Schöne war, Herr v. Brodhufen, der bereits 50 Mark Vorschuss auf sein Teil an dem Jubiläum erhalten hat, und der jetzt freilich diese Silberlinge gleich dem bishigen Jubas anscheinend gern wieder los sein möchte.

**Die Konstanzer.** Die Erklärungen dieser Herren haben dem Minister, der die Aussage der Ehefrau des Kaufmanns bereits in Händen hatte oder haben konnte, genügt, den hilflosen russischen Kaufmann, einen unehelichen, verzweifeltsten Familienvater, von der Tribüne des Landtags gemäß der Bereitwilligkeit zum gewöhnlichen Verbrechen zu ziehen.“

Mit der Fahrkartensteuer beschäftigte sich Sonnabend die württembergische Abgeordneten-Kammer. Von allen Rednern, bis zu gewissem Grade auch von den Ministern, wurden schwere Bedenken gegen die Steuer vorgebracht. Schließlich fand folgender Antrag der Volkspartei Annahme: Die Regierung möge im Bundesrat der vom Reichstage beschlossenen Fahrkartensteuer ihre Zustimmung verweigern. Das Zentrum enthielt sich der Abstimmung. Bei der nicht davon zu denken, daß der Bundesrat seine Zustimmung zu dieser verkehrshinderlichen Steuer verweigert.

**Ein „hervorragender Mann.“** An den deutschen Volkshof in Washington hat Wilhelm II. folgendes Telegramm geschickt:

Bitte, den Hinterbliebenen von Karl Kurz meine herzliche Anteilnahme an dem Hinsange dieses hervorragenden Mannes zu übermitteln, der seiner neuen Heimat in Krieg und Frieden wertvolle Dienste geleistet und dabei das deutsche Blut in seinen Adern nicht verleugnet hat.

Wenn der Großvater Wilhelm II. seinen Willen hätte durchsetzen können, wäre der „hervorragende Mann“ in den Fingerringen von Kaiser getrandert worden, denn der Schwager und Beschützer hätte damals nicht das deutsche Blut in seinen Adern verleugnet; er hätte mit den Waffen in der Hand für Republik und Freiheit gestritten.

**Die preussischen Konservativen als Hüter der preussischen Verfassung.** Ein aus Anlaß der Diätenvorlage und ihrer Bestimmungen über die Doppelmanate von der konservativen Partei des Abgeordnetenhauses eingebrachte Antrag, die Regierung aufzufordern, im Bundesrat dahin zu wirken, daß Eingriffe in die Verfassung der Einzelstaaten, insbesondere Preussens, im Wege der Reichsgesetzgebung vermieden, jedenfalls nicht ohne Einverständnis mit den Einzelstaaten vorgenommen werden.

Ist neuerdings auch von sämtlichen Mitgliedern der preussischen konservativen Fraktion unterzeichnet worden, so daß er über 200 Unterzeichner trägt. — Die preussischen Partikularisten konservativer Richtung sind fürchterlich in ihrem Zorn. Sie enthußsamieren sich sogar für die preussische Verfassung, die ihre Väter am liebsten mit Stumpf und Stiel ausgerottet hätten.

**Russische Arbeiter als Lohnbrüder.** Immer wieder kommen Meldungen, daß mit Zustimmung der Regierung russische Arbeiter als Lohnbrüder importiert werden; so hat eben erst wieder die Preussische Landwirtschaftskammer 160 solche Leute herangeholt, und zwar polnische Juden! Das Berlin dagegen werden die Russen zu vielen Hunderten in der brutalsten und finstlichsten Weise ausgewiesen! Dort hin aber kommen sie ja auch nicht als Lohnbrüder, sondern als politische Flüchtlinge!

**Klaffengesetzgebung.** Die Kommission des Reichstags zur Klärung des § 63 des Handelsgesetzbuchs und einiger Vorschriften der Gewerkeordnung hatte, wie schon berichtet, einstimmig beschlossen, dem § 63 des Handelsgesetzbuchs im Abschn. 1 zwingenden Charakter zu geben. Sie tat noch ein übriges und übertrug diese Bergünstigung auch auf die technischen Angehörigen und Werkmeister. Zweifellos gingen die Antragsteller Baffermann und Poitthoff von der Ansicht aus, daß diese Berufsgruppen zum Mittelstande gehören und man sich darum ihrer Wahlstimmen sichern und sie im Rechte begünstigen müsse. Die sozialdemokratischen Mitglieder Lipinski, Sindermann und Singer jogen die Konsequenz aus diesen Beschlüssen und beantragten diese Resolution:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die im § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs festgesetzten Bergünstigungen des zur

Dienstleistung Verpflichteten den Charakter zwingenden Rechts erhalten.

Lipinski wies zur Begründung der Resolution darauf hin, daß die Arbeiter und sonstigen Angestellten wirtschaftlich viel ungünstiger gestellt seien als die höheren Angestellten, und darum den Lohn während einer Krankheit erst recht nicht entbehren könnten. Obgleich hier nur kleine Lohnbeträge in Frage kämen, werde doch in den meisten Fällen die Bestimmung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs durch Vertrag ausgeschlossen. Darum sei es am Platze, dieser Vorschrift zwingenden Charakter zu geben. Von denselben Rednern, die mit aller Wärme für die Begünstigung der Handlungsgehilfen, technischen Angestellten und Werkmeister eingetreten waren, wurde diese Resolution, nun aber auf schärfste bekämpft. Selbst der Antisemit Schach, der tags zuvor nichts dagegen einzuwenden hatte, daß die Vergünstigungen auch den Arbeitern zugute kommen, sprach gegen die Resolution. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde die Resolution denn schließlich auch abgelehnt. Ferner beantragte der Abg. Rothhoff, die Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf alle auszudehnen, die ein höheres Jahreseinkommen als 2000 Mk. haben. Ein Antrag Wassermann will die Ausdehnung der Zuständigkeit auf alle technischen Angestellten, die weniger als 5000 Mk. Jahreseinkommen haben. Unsere Genossen stellten dagegen den Antrag, die Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf die Dienstboten, landlichen Arbeiter und Eisenbahnangestellten auszudehnen. Lipinski begründete den Antrag. Diese Berufsgruppen bedürften des schnellen und billigen Gerichtsverfahrens mindestens ebenso dringend wie die gut bezahlten Angestellten. Für sie bedeute das langsame und kostspielige Amtsgerichtsverfahren den Ausschluß jedes Rechtsweges für ihre Lohnfreiheit. Die Straßenbahnangestellten würden als Eisenbahnangestellte betrachtet, und so hätten sich die Gewerbegerichte in den meisten Fällen in ihren Zuständigkeiten für unzuständig erklärt. Der Antrag würde hier die längst gewünschte Klarheit bringen. Von den Abg. Wassermann und Rothhoff wurde der Antrag als zu weitgehend bekämpft, und ein Regierungskommissar verdriftete auf die geplante Reorganisation des Amtsgerichtsverfahrens. Auch dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, der Antrag Wassermann aber angenommen. Schließlich wurde noch eine Resolution Rothhoff angenommen, die den Reichsanwalt ersucht, die Gewerbeaufsichtsbeamten aufzufordern, Material dafür beizubringen, wie die Sonntagsruhe der technischen Angestellten in der Praxis durchgeführt werde. Damit waren die Aufgaben der Kommission in erster Lesung erledigt.

Ein neuer Schlag gegen die Bergarbeiter. Am Mittwoch hat das Abgeordnetenhaus die Bergarbeiter erneut mit Storpionen gequält. Der Trugnovelle, die der große Streik geboren hat, folgt die Verschlechterung des Knappschaftsgesetzes. Anstatt einer Erweiterung der Arbeiterrechte wird die Abänderung des Titel 7 des Allgemeinen Berggesetzes neben kleinen Verbesserungen auch eine erhebliche Verschlechterung bringen. Den Invaliden soll das passive Wahlrecht für die Vertreterwahl genommen werden. Das bedeutet, den Unternehmern das Mittel in die Hand geben, unbenutzte Stellen hinauszubügeln. Invaliden können nicht gemahnt werden, darum sollen sie hinaus! Aber damit ist der Haß der Reaktion gegen die Bergkassen noch nicht gestillt. Die Bestimmung in dem Entwurf, welche das geheime Wahlrecht für alle Knappschaftsklassen verlangt, hat man gestrichelt. Und den Wahlen verweigert man überhaupt das Recht, Leute ihres Vertrauens zu wählen. Seit Jahrzehnten kämpfen die Bergleute für eine Reform, die ihnen einen wirklichen Einfluß auf die Knappschaftskasse einräumt. Wie zum Hohn schlägt man ihnen nun noch einen Teil der winzigen Rechte aus der Hand und liefert die Kassen vollständig der Willkür der Unternehmer aus. Wut und Empörung muß dieses Attentat bei der Bergarbeiterkassen auslösen. Doch was kümmert sich die dem Unternehmertum dienwillige Regierung darum? Und das muß konstatiert werden: die Hauptverantwortung für den neuen Schlag gegen die Bergkassen trägt das Zentrum! Es treibt sein Doppelspiel weiter, sich anbieterfreundlich zu drapieren und dabei der Reaktion Handlangerdienste zu leisten. So bei der Trugnovelle, so auch jetzt. Damals verübte es mit tönenden Worten, es werde eventuell durch Einbringung eines Reichsberggesetzentwurfes der Verschärfung der Novelle vorbeugen. Es brach sein Wort! Und nun? Wohl stellt man Anträge, die den Wünschen der Arbeiter entsprechen, aber man weiß, diese werden abgelehnt und dabei beruhigt man sich. Namensliche Abstimmung will das Zentrum beantragen für die dritte Lesung, die am Montag vorgenommen werden soll. Damit ist den Arbeitern nicht gebietet, die Komodie hat gar keinen Wert. Wiederholt hat das Zentrum verabsäumt, den Bergarbeitern das geheime Wahlrecht zu sichern. Bei Beratung der Novelle zur Erhöhung der freien Hülfskassen, bei Beratung des Gesetzes über den Versicherungsvertrag hat das Zentrum geholfen, sozialdemokratische Anträge niederzustimmen, durch welche für die Knappschaftskassen das geheime Wahlrecht garantiert wurde. — Die Sozialdemokratie hat im Reichstage einen Antrag zum Knappschaftsgesetz eingebracht, in welchem u. a. das geheime, freie Wahlrecht festgesetzt wird, dieselbe Forderung wird gestellt in einem sozialdemokratischen Antrage betreffend Abänderung des Krankenkassengesetzes. Warum hat das Zentrum nicht geholfen, diese Anträge durchzubringen? Es stellt nur dann Verbesserungsanträge, wenn es weiß, daß sie doch abgelehnt werden.

Rußland

Der Amnestie-Erlaß verschoben. Die für Sonnabend erwartete Amnestie ist nicht erschienen. Als Grund wird angegeben, daß das Ministerium des Innern noch nicht alle Daten der Persönlichkeiten, die der Amnestie unterliegen, erhalten hat. Die Erledigung der wichtigen Aktion ist auf den 27. Mai, den Gründungstag des Zarenpaars, verschoben. — Ob sich das russische Volk und die Reichsduma wohl hiermit zufrieden geben?

Reaktionäre Schankelpolitik Witten. Ueber Witten's Haltung im Reichsrat wird vom 18. Mai aus Betersburg gemeldet: In der gestrigen Abend Sitzung des Reichsrates schloß sich Graf Witte in langer Rede über im Adressenwurf ausgesprochenen Ansicht an, daß der

gehen müsse. Das allein ermögliche die Durchführung der vom Volke so ersehnten Reformen. Ohne Einheit seien Reformen undenkbar. Witte trat rückhaltlos der bei der Amnestiebewegung in der Reichsduma geäußerten Ansicht bei, daß die Amnestie Ruhe schaffen werde. Er bezweifle aber sehr, daß die Amnestie den Haß, welcher die wahre Ursache der Revolution sei, beseitigen könne. Aus der Rede eines Dumaabgeordneten folgte Witte, die Ursache der Revolution sei nicht in irgendwelchen Repressivmaßnahmen zu suchen, sondern in dem Verschieden, die Klassen- und Vermögensunterschiede zu beseitigen. Geschehe das, so würde die zivilisierte Welt in Entsetzen geraten. Die Geschichte biete nur wenige Beispiele dafür, daß eine Amnestie den Haß beseitige, der die revolutionären Wirren hervorruft. Welt mehr Beispiele biete die Geschichte dafür, daß eine Amnestie nicht das erwartete Resultat ergab. Nur das Schwenden des Hasses könne dauernde Ruhe schaffen, was aber nur möglich sei bei Einbürgerung der Achtung vor Person und Eigentum, vor der Wissenschaft, den Wissenschaften und der Kultur. Vor allem müßten mit gutem Beispiel diejenigen vorgehen, welche die Amnestie fordern. Ihre erste Pflicht sei, gerecht zu sein, doch werde das Gerechtigkeitsgefühl nicht in den von Leidenschaften geleiteten Parteien erworben. Ohne der Amnestie die ihr angemessene Bedeutung in vollem Umfange beizulegen, stimme der Redner doch der Amnestie zu, aber in Grenzen, die die Staatsordnung nicht verletzen. Er sei der Meinung, es könne von einer Amnestie nur für diejenigen die Rede sein, die verführt und irregeleitet worden seien, auch sei die Amnestie zu billigen für alle diejenigen, die unschuldig oder mehr, als sie verdienten, gelitten hätten. Er billige eine Amnestie in den von dem Adressenwurf gezogenen Grenzen; es sei jedoch notwendig, in der Adresse eine Amnestierung der erwähnten Kategorie von Personen zu empfehlen. Er werde gegen jede Maßnahme eintreten, die eine neue Revolution hervorgerufen könne, die das größte Unglück für Rußland wäre.

Schweiz

Russische Zustände in der Schweiz. Wie erinnert sich, war der Berliner Anarchist Senna Hoy alias Joh. Holzmann, der wegen wiederholten Brandbruchs in Zürich verhaftet wurde, im Gefängnis durch den Polizeioberleutnant Vogler mit einem Summischlauch schwer mißhandelt worden. Die Frau des inzwischen ausgesetzten deutschen Polizeikommissars hatte als Augenzeugin die Sache im „Volkrecht“ veröffentlicht, worauf im Polizeibericht die Tatsache der Mißhandlung zugegeben wurde. Kürzlich kam nun die Angelegenheit im Zürcher Kantonsrat insolge einer sozialdemokratischen Interpellation zur Sprache. Genosse Kaufmann begründete dieselbe, indem er den diebstahlartigen Raub auf das schärfste verurteilt und die Abschaffung des Summischlauchs in der Polizeiliteratur sowie die Entlassung des Prügelhelden fordernde. Die Antwort gab der dem Polizeioberleutnant gestrichelnde Justizdirektor Käggel, der die Mißhandlung zu entschuldigen versuchte, daß Holzmann die Polizeibeamten „Schürken“ und Vogler insbesondere einen „seligen Schürken“ genannt habe. Er sei nur einige Minuten gequält worden. Die Sache wäre aber nicht gefährlich und man solle sie daher nicht übertrieben, zumal da der prügeln Polizeibeamte einen Beweis erhalten habe. Damit sei dieser „Disziplinärhandel“ wohl erledigt. Von dieser faß schnobderig zu nehmenden Antwort war der Interpellant natürlich nicht befriedigt. Es gab noch eine lebhaftige Debatte, an der sich unsere Genossen Dr. Farberlein, Sigg, Greulich und Pflüger beteiligten. Damit war der Fall vorläufig erledigt. — Das Ansehen der „freien“ Schweiz sinkt in den Augen aller gerecht und human denkenden Menschen immer mehr herab.

Frankreich

Zum Mord in Courrières. Nach einer Meldung des „Matin“ wären bei mehreren in dieser Woche heraufbesörderten Opfern der Grubenkatastrophe sichere Anzeichen wahrgenommen worden, daß sie erst vor 10 Tagen Hungerqualen erlitten. Bei der Untersuchung eines Toten, namens Binta, wurde im Magen Berg gefunden. Die Ohrläppchen der Leichen waren noch rot. Wie aus der behördlichen Zusammenstellung hervorgeht, sollen von den 1094 Opfern der Grubenkatastrophe 548 verheiratet und 546 ledig gewesen sein. — Sollte die vorstehende Meldung zutreffen, dann wäre das Vorgehen der Grubenverwaltung noch mehr als bisher zu verurteilen.

Die Stichwahlen sind am gestrigen Sonntag vollen worden. Bis jetzt liegt folgendes Resultat vor: Die Regierungspartei gewann in Paris und Umgebung 7 Sitze. — In Paris wurden der Sozialist Viviani und die Radikalen Magnaud (der gute Richter) und Manjane gewählt. Unterlegen sind gegen diese drei die Nationalisten Auffrey, Balli und Pechin. Die Nationalisten brachten einen einzigen ihrer Kandidaten durch und zwar Tournaud, der seinerzeit gegen Brisson aufgestellt wurde. Dagegen unterlagen die vier Nationalisten Marchand, Sugot de Villeneuve, Congy und Denay gegen den Sozialisten Groussier, den Radikalen Depasse und gegen Allemane (Sozialdemokrat) und Cosnard.

England

Der Schatz der persönlichen Freiheit steht in Deutschland und manchen anderen Ländern bekanntlich nur auf dem Papier, insbesondere, wenn es sich um Ausländer handelt. Anders ist es dagegen in dieser Beziehung in England, wie folgender Vorfall beweist: In der Nacht zum 24. April wurde eine französische Frau zwischen 11 und 12 Uhr in Regent Street verhaftet, da sie nach den Angaben von drei Polizisten unzüchtige Anträge an Männer gestellt hatte. Die Polizei behauptet, die Frau sei seit einigen Monaten beobachtet und als Strahenbirne besunden worden; sie spazierte in Regent Street auf und ab — ganz allein, spät in der Nacht, und sie spreche Männer an. — Vor den Polizeirichter gebracht, bekräftigt die Frau die Angaben der Polizei. Ihr Mann, der sich im Zuschauerraum aufstellt, interpellierte von seinem Platze aus und verlangte, sofort vernommen zu werden. Der Richter kam diesem Wunsch nach. Mann und Frau erhoben nun schmerzliche Bittworte gegen die Polizei,

so daß der Richter die Verhandlung vertagte, um der Angeklagten Gelegenheit zu geben, weitere Zeugen zu bringen. Bei der nächsten Verhandlung wurde die Frau freigesprochen, aber der Richter erklärte, daß sie durch ihr Benehmen sich verdächtig gemacht und der Polizei den Anlaß zum Einschreiten gegeben habe. Diese Erklärung des Richters hat großes Aufsehen erregt, und nicht weniger als acht Parlamentarier sind dem Minister des Innern interpellierten, da die persönliche Freiheit von Seiten der Polizei und der Richter bebrocht sei. Das Publikum sei der Ansicht, daß die Französin zu Unrecht ihrer Freiheit beraubt worden und daß es die Pflicht und Schamspflicht des Richters gewesen wäre, die Polizei scharf zu tadeln und die freigesprochene Frau in respektvoller Weise um Entschädigung zu bitten. Unter den acht Abgeordneten befanden sich Arbeiter, Liberale und Konservative, so daß man von einem allgemeinen Wunsch Englands sprechen darf, die persönliche Freiheit — auch der geringsten und verdächtigsten Person — strengstens zu achten. Als Komitat der Interpellation soll eine königliche Kommission eingesetzt werden, um die Methoden zu untersuchen, deren sich die Polizei bei Beobachtungen und Verhaftungen bedient. Aber schon die scharfe Zurückweisung der die Polizei und der Richter im Parlamente gefassten haben, wird sie in ihrem Vorgehen künftig vorsichtiger machen. — Ob es noch ein Land in Europa, wo sich ein Volk und ein Parlament aufgeregt hätten über die Verhaftung einer sich verdächtig machenden Ausländerin und über einen Richter, der es unterließ, sich bei dieser Ausländerin zu entschuldigen? Man müßte einmal einen preussischen Jailer — als Minister des Innern — bei der Beantwortung einer solchen Interpellation reden hören!

Deutscher Reichstag

Original-Bericht des „Abender Volksboten“

Berlin, den 19. Mai 1906.

107. Sitzung. Nachmittags 11 Uhr.

Am Bundesratlich: Frh. v. Rheinbaben. Die dritte Lesung der Reichsfinanzreform wird fortgesetzt beim Reichsstempelgesetz und zwar zunächst bei der Frachtturkundensteuer.

Lipinski (So.): Bei der Stimmung des Hauses sind ja alle Reden vergebens. Der hier vorgeschlagene Stempel vergrößert die Feindschaft der Agrarier gegen die Industrie, die wir ja aus der Geschichte der Kanalkämpfe genügend kennen. Im hochindustriellen Sachsen haben die Agrarier sogar eine Kanalverbindung Leipzigs mit der Saale und Elbe gebildet. Wir lehnen die vorgeschlagene verkehrs- und arbeiterfeindliche Steuer ab. (Beif. Beifall h. d. So.)

Goffmeißler (Fg.) bittet ebenfalls um Ablehnung der Steuer, die unter den Industriellen eine furchtbare Erbitterung hervorrufen würde. (Beifall links.)

Gohlein (Fg.) begründet einen eingelaufenen redaktionellen Antrag Deumer als ein erfreuliches Zeichen dafür, daß wenigstens einige Mitarbeiter an diesem „deutschen nationalen Werk“ der Finanzreform etwas Deutsch verstehen. (Große Heiterkeit.) Um lumpige 200 000 Mk. aufzubringen, von denen jedenfalls noch 50 000 Mk. an Erhebungsstellen durchgehen werden, schafft man diese schlaue Belastung der Industrie. Und alles das geht unter der Firma „ausgleichende Gerechtigkeit“! (Beifall Beifall links.)

Der Frachtturkundenstempel wird in der Kommissionfassung mit einem redaktionellen Abänderungsantrag Deumer (M.) angenommen.

Es folgt die Fahrkartensteuer. Die Abg. Eichhoff und Mertens (Fp.) beantragen Freireiung der Schülerkarten vom Stempel.

Beder (M.) beantragt namens der Mehrheitsparteien den halben Stempel (mindestens 5 Pfennig) für Kinderfahrkarten und einen Stempel von 10 Pfennig des gesamten Beförderungspreises bei Sonderfahrten ohne Ausgab von Fahrkarten.

Lipinski (So.): Man weißt ja jetzt im Vorsehlagen neuer Steuern, Wehrsteuer, Vergütungssteuer, Jungellensteuer tauchen auf. Auf den Volkswillen sollte sich Herr Biting lieber nicht berufen, denn die Reichstagsmehrheit präsentiert eine Minderheit des Volkes! (Sehr richtig! h. d. So.) Die dritte Klasse wird weitaus stärker belastet als die erste, weil in ihr viel mehr Leute zu fahren pflegen. Die Passagiere werden durch die Steuer in die unteren Wagenklassen gedrängt werden. Trotz aller Ablehnungen der Mehrheit werden neben dem Mittelstande auch die Arbeiter getroffen werden. Wie werden gegen dies Verkehrsbehindern stimmen. (Beifall Beifall h. d. So.)

Kanitz (M.): Meine Bedenken sind seit der zweiten Lesung noch bedeutend gestiegen. (Hört! hört! links.) Der Fernverkehr wird außerordentlich belastet. (Lautes Hört! hört! links.) Die Einnahmen aus den Eisenbahnen werden zurückgehen. (Sehr lautes Hört! hört! links.) Trotz dieser Bedenken werde ich für die Fahrkartensteuer stimmen. (Schallendes Gelächter links.)

Eichhoff (Fp.) tritt in seiner Eigenschaft als praktischer Schulmann für die Freireiung der Schülerfahrkarten ein. (Beifall.)

Spahn (F.) stimmt dem Antrag Eichhoff zu. Die Fahrkartensteuer ist nicht ideal, aber unentbehrlich. Weitermann (M.) stimmt auch mit schwerem Herzen der Fahrkartensteuer zu. Bewährt sie sich nicht, dann wird die Regierung vielleicht erneut die Tabaksteuer vornehmen. (Hört! hört! links.) Dem Antrag Eichhoff stimmen wir zu.

Herbert (So.): Die Mehrheit will eben die Fahrkartensteuer und Gültigkeit verlangen nicht mehr bei ihr. Mit der Besteuerung der Sonderfahrkarten wird man namentlich den billigen Ostseeverkehr treffen, und damit werden zahlreichen Arbeitern ein Vergnügen rauben oder doch verteuern. Den ausgezeichneten Ausführungen des Grafen Kanitz gegen die Fahrkartensteuer kann ich mich nur anschließen. (Gr. Heiterkeit.) Ich bedauere nur, daß es nicht die Konsequenz daraus gezogen hat. (Beif. Beifall h. d. So.)

Gamp (M.): Eventuell können wir ja im nächsten Jahre die Fahrkartensteuer herabsetzen und dafür die Brausteuer heraufsetzen. (Lachen links. Beifall rechts.)

Schradler (Fg.): Man muß sich fragen: Sind diese Reichstagsverhandlungen mehr traurig oder mehr komisch? Ein Redner nach dem anderen tritt auf, bringt die schwersten Bedenken vor und erklärt dann schließlich für die Steuer stimmen zu wollen. Eine fürchterliche Steuererhöhung, eine Schädigung des Mittelstandes und eine Verteuerung der Sonntagsausflüge der Arbeiter werden



ausgeschlossen und an seiner Stelle der Kaufmann J. F. S. Berling in Lübeck zum Vorstandsmitglied bestellt. 2. § 6 des Gesellschaftsvertrages ist entsprechend abgeändert worden.

Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 24. bis 30. April d. Js. im ganzen 150 Schiffsunfälle gemeldet worden. Es sind 7 Dampfer und 12 Segelschiffe total verloren gegangen. 81 Dampfer und 50 Segelschiffe haben Beschädigungen erlitten.

**Kleine polizeiliche Nachrichten.** Festgenommen wurde ein Bögling des Rettungshauses, weil er sich einer Unterschlagung zum Nachteil eines hiesigen Schmiedemeisters schuldig machte. — Ein Arbeiter aus Bieren, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls schriftlich verfolgt wird, wurde hier angetroffen und festgenommen. — Auf dem Festplatz in Israelsdorf wurden am verfloffenen Sonntag zwei Händler aus Hamburg wegen Uebertretung der Gewerbeordnung festgenommen.

**Lübeck.** Eine Volksversammlung, die sich trotz des schlechten Wetters eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatte, tagte hier gestern im Lokale des Herrn Dicksmann. In ca. 1500 Mitgliedern besetztigte sich Genosse Stelling Lübeck mit der gegenwärtigen politischen Lage und den neuen Steuerentwürfen. Eine Diskussion fand nicht statt. Nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten, in dem dieser u. a. auf die Notwendigkeit der Erweiterung des Bürgerrechts hinwies, erfolgte der Beschluss der Versammlung. Bemerkenswert ist, dass die Mauerer vom Hochofenwerk der Versammlungseinladung erfreulicherweise in zahlreicher Zahl Folge geleistet hatten.

**Wendorf a. D.** Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft vonhardt ist die Sperre verhängt.

**Malente.** Am Sonntag, d. 20. d. M. fand in Krohn's Gasthof eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Landtagsabgeordneter Feidler-Schwarze über die Landtagsverhandlungen Bericht erstattete. Die gut besuchte Versammlung sollte dem Redner reichen Beifall. Redner forderte die Anwesenden auf, sich die oldenburgische Staatsangehörigkeit zu erwerben. Hierauf erläuterte er die in Hamburg das Konsumvereinswesen. Es wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die die nötigen Vorarbeiten zur Gründung eines Konsumvereins treffen soll. Zum Schluss wurde zum Abonnement auf den „Lübecker Volksbote“ aufgefordert.

**Hamburg.** Zur Aussperrung der Holzarbeiter. Soweit bis Sonnabend bekannt, sind in elf Betrieben der Haupt-Holzschmacher insgesamt 250 Arbeiter ausgesperrt. In der angeordneten „Machtprobe“, Aussperrungen im großem Stile vornehmen zu wollen, scheint man doch ein Haar gefunden zu haben, nachdem der sehnlichst erwartete Bezug von auswärtigen Arbeitskräften immer noch nicht eingetroffen ist. Als ein Meister wegen Erlangung von Fischlern vorstellig wurde, bedeutete man ihm, dass solche nicht vorhanden seien, doch wurde ihm das verlangende Angebot gemacht, als — Geselle in Arbeit zu treten, was der Meister dankend ablehnte.

In den Sieberei-Betrieben wurde eine Einigung erzielt und die Arbeit wieder aufgenommen.

**Miel.** Die Massenaussperrung der Metallarbeiter scheint zur Gewissheit werden zu wollen. Den Arbeitern der Krupp'schen Germaniamerit wurde Sonnabend morgen mittels Anschlags die Mitteilung, dass am 2. Juni die Aussperrung von 2000 Mann erfolgen soll. Den Arbeitern der Maschinenfabrik von Bohn u. Köhler wurde ebenfalls bekannt gegeben, sie sollten sich so einrichten, dass sie mit ihren Atforden zum 2. Juni fertig sind. — Freitag nachmittag nachmittags kurz nach 5 Uhr wurde die norwegische Galasse „Dihello“ von dem Küstenwache „Frischhof“ bei unsichtigem Wetter in der Nähe von Gabelschlag gerammt. Die Galasse sank sofort. Von der aus vier Mann bestehenden Besatzung sind der Kapitän Olson und der Steuermann Anderson ertrunken.

**Apenrade.** Das amerikanische Staatsdepartement lieferte den Wechselhändler Hans Anderson Schmidt aus Apenrade, der in Chicago verhaftet wurde, an Deutschland aus.

**Walden.** Die Geheimnisse der fürstlich Wredeschen Silberkammer. Aus Madrid wird berichtet: Die auf Eruchen der Berliner Gerichtsbehörde in der Wohnung des Fürsten Wrede Calle del Rey Francisco Nr. 1, stattgehabte Hausdurchsuchung blieb erfolglos. Das Abendblatt „Correspondencia de Espana“ schreibt, dass einige Tage vor Bekanntwerden des Falles das Fürstentum beschloß, seine Residenz nach Schloss Wasedow zu verlegen. Sie riefen einen hiesigen Spediteur herbei, um ihm die Verpackung sowie den Transport der Möbel und sonstigen Gegenstände nach der neuen Residenz zu übertragen. Der Spediteur verwunderte sich sehr darüber, daß sich unter den zu befördernden Gegenständen eine große Menge Silbergegenstände mit verschiedenen Marken befanden und befragte eine im Hause angestellte Dame hierüber, worauf diese ihm antwortete, daß die Verschiedenheit der Marken nichts zu bedeuten habe, da ihre Herrschaft derartige Silbergegenstände sehr schätze (1) und diese in verschiedenen Städten erworben hatte. Der Spediteur bestimmte sich hierauf nicht mehr um die Sache, bis er durch die Presse aufmerksam gemacht wurde. Um nicht später durch die Spreizung Unannehmlichkeiten ausgelegt zu sein, begab er sich zum Goharzo Civil und erklärte dort, daß die Speditionswagen, welche sich auf dem Wege ins Ausland befänden, viele Silbergegenstände enthielten. — Weiter wird gemeldet: In der Silberdiebstahlsaffäre haben Freitag wieder umfangreiche Verhandlungen durch den Untersuchungsrichter stattgefunden. Das Landgericht Gütstrow hat die Freigabe des Schlosses Wasedow, die von dem Fürsten Wrede beauftragt worden war, abgelehnt und die Postsperrung über Sendungen an die Fürstin Wrede verfügt.

**Bremen.** Die Bremer Sozialdemokratie hat am Donnerstagabend in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins den Beschluß gefaßt, die „Bremer Bürger-Zeitung“ vom 1. Juli an wieder in die eigene Regie der Bremer Gewissen zu übernehmen. Mit

besonderem Beifall wurde die Mitteilung entgegen genommen, daß nunmehr der Umwandlung der „Bremer Bürger-Zeitung“ in ein Abendblatt nicht mehr im Wege steht, so daß die Bremer Bürger-Zeitung vom Montag, den 21. Mai, an, nachmittags, und zwar von 3 1/2 Uhr an, zur Ausgabe gelangen wird.

**Was Was und Wera.**

**Verfuchter Bankraub.** Im Bankgeschäft von Kappeler in München verlockten vormittags zwei junge Burken einen Bankkassier. Nachdem sie sich eine Rechnerkassette angeeignet hatten, brachten sie mit vorgeholtem Bolder des Kassierers in den Schalterraum zurück und verlangten D'raun des Kassierers. In diesem Augenblick betrat ein Bankbote des Geschäftes, was die beiden Burken zu schleuniger Flucht veranlaßte. Sie konnten bald im Keller eines benachbarten Hauses verhaftet werden. Die Täter sind der Kaufmannslehre Wilhelm Postel aus Ludwigshafen, und der Kaufmannslehre Otto Wispel aus Ludwigshafen.

**Was Was und Wera.**

**Waren- und Marktpreise vom 19. Mai.**  
Bouren-Butter 1 Pfd. 1,15 Mk., Meierei-Butter 1 Pfd. 1,25 Mk., Hasen-Butter 1 Pfd. 1,10 Mk., Enten-Butter 1 Pfd. 1,10 Mk., Löhner-Butter 1 Pfd. 1,10 Mk., Rillen-Butter 1 Pfd. 1,10 Mk., Lauben-Butter 1 Pfd. 1,10 Mk., Gänse-Butter 1 Pfd. 1,10 Mk., Pflanzens-Butter 1 Pfd. 1,10 Mk., Schmelz-Butter 1 Pfd. 1,10 Mk., Schinken-Butter 1 Pfd. 1,20 Mk., Wurst-Butter 1 Pfd. 1,30 Mk., Eier 10 Stück 30 Pfg., Karpfen-Butter 1 Pfd. 1,10 Mk., Ger. Lachs-Butter 1 Pfd. 1,20 Mk., Karasfischen-Butter 80 Pfg., Fische-Butter 60 Pfg., Wurst-Butter 60 Pfg., Mal-Butter 1 Pfd. 1,10 Mk., Pfeffer-Butter 60 Pfg., Braunteller 100 Pfd. 1,10 Mk., Nüssen 100 Pfd. 1,10 Mk., andere Sorten 100 Pfd. 25-35 Pfg., Pflaumen 100 Pfd. 1,10 Mk., Blumentohl, d. Kopf 30 Pfg., Garm. Karfchen, Pfd. 1 Pfg., Kohl 100 Pfd. 10 Pfg., Gurken-Butter 1 Pfd. 1,10 Mk., Zwiebeln 100 Pfd. 4,50 Mk., Kartoffeln, best. jeans, 200 Pfd. 6 Pfg., per 10 Körb. 60 Pfg., magnum bonum 200 Pfd. 4,00 Mk., Kartoffeln 10 Körb. 40 Pfg., Kerne 4 St. 10 Pfg., Dorsche wenig, Brachsen Pfd. 60 Pfg., Gemüse genügend.

**Waren- und Marktpreise vom 19. Mai.**

**Künftliche Notierungen der Produktionsbehörde.**  
Anländisches Getreide. Lübeck 19. Mai.  
Weizen, 125-130 Pfd. holl., Mt. 180-185, Roggen 120-125 Pfd. Mt. 160-165, Hafer, je nach Qualität Mt. 165-175, Gerste, je nach Qualität Mt. 160-170.

**Streu- und Viehmarkt.**

Hamburg, 19. Mai 1906.  
Der Schweinehandel verlief äußerst lebhaft. Zugeführt wurden 1428 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Sengschweine — Mt., Verkaufsschweine: schwere 59 Mt., leichte 60-61 Mt., Sauen 50-55 Mt. und Ferkel 58-60 Mt. pro 100 Pfund.

Die Beerbigung unserer Tochter  
**Henry**  
findet am Dienstag nachmittags 3 1/2 Uhr vom Sterbehause aus statt  
**H. Bartels u. Frau**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerbigung unserer lieben Mutter, besonders Herrn Pastor Tegtmeyer für seine trostreichen Worte am Sarge sagen wir allen auf diesem Wege unsern innigen Dank  
**Familie Jaeschke.**

Kleine freundliche Wohnung zu sofort oder 1. Juli zu vermieten  
Habenstraße 20 a, Burgtor.

Ein guterhaltener Kinderwagen  
billig zu verkaufen  
Brosinstraße 9.

Ein guterhalteneres Fahrrad  
billig zu verkaufen  
Habenstraße 20 a, Burgtor

Rasier- und Friseur-Salon.  
Aufmerksame und saubere Bedienung  
**Gustav Koch, Mühlentstraße 5**

Wäuerarbeiten  
werden gut und zu billigen Preisen ausgeführt  
Eauilstraße 4 a

**Bommerlunder**  
feinster Tafel-Getreide-Aquavit

**Auktion**  
Dienstag den 22. Mai, vormittags 9 Uhr  
bis abends,  
**Waisenhof (Jadenburg-Aller).**

Regatta-Jacken, Jagdwägen, Kinder- u. Damenstühle, Korsetts, Hüte, Mützen, Kinder-Tricotagen, viele Reste in Manufaktur und vieles andere mehr.  
**Carl Wilhelms**  
Auktionator und Taxator

NB. Obige Sachen werden für jedes annehmbare Gebot verkauft

**Fußboden-Blanz-Dei**  
Pfd. 60 Pfg.  
**Joh. Nagel, Engelsgrube 51.**  
Schöne Grünwaren,  
schöne Gartensorten, Faß 35 Pfg.,  
Spargel 35 und 40 Pfg.  
**Drögestraste 7 a.**

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Böwig. — Berleger: Theodor Schwarz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:  
**Ferdinand Lassalle's**  
**Reden und Schriften.**  
Neue Gesamt-Ausgabe.  
Herausgegeben  
im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
von **Ed. Bernstein.**  
Vollständig in 3 Bänden. Zu beziehen in 50 Lieferungen à Mk. —,20.  
**Bandausgabe:**  
Band I: geheftet Mk. 2,50, in Leinen gebunden Mk. 3,—  
in Halbfranz gebd. (Liebhabereinband) „ 4,—  
Band II: geheftet Mk. 4,—, in Leinen gebunden „ 4,50  
in Halbfranz gebd. (Liebhabereinband) „ 5,50  
Band III: geheftet Mk. 3,50, in Leinen gebunden „ 4,—  
in Halbfranz gebd. (Liebhabereinband) „ 5,—  
Zur Beurteilung der geschichtlichen Entwicklung und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gesamtausgabe unentbehrlich. Der erste Band ist mit einem Stahlstichportrait Lassalle's geschmückt.

Wir empfehlen folgende neue Schriften:  
**Politischer Massenstreik** . . . . . 20 Pfg.  
**Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat** . . . . . 10 Pfg.  
**Kommuniste Schulpolitik** . . . . . 50 Pfg.  
**Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen** . . . . . 30 Pfg.  
**Was hat der Vater seinem 18jährigen Sohn zu sagen** . . . . . 20 Pfg.  
**Wie schütze ich mich als Soldat vor Misshandlungen** . . . . . 50 Pfg.

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 50.

**Wappdächer**  
teeren und ausbessern à  
—Mtr. 6-7 Pfg. unter  
2jähriger Garantie  
**Herm. Krüger, Dachbeder,**  
Fleischhauerstraße 92-96.

**5 Pfg.** per Pfund zahle für Hausstands-  
lampen bis auf weiteres.  
37 Alstraße 37.  
Geöffnet von morgens 7- bis abends 8 Uhr.

**Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.**  
**Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.**  
1 Jahr Garantie.  
**Ernst Gentzen, Uhr-  
warenhandlung,**  
Königsstraße 62, b. d. Hühnerstraße.

**Adolf Hübner, Uhren- u. Gold-  
warenhandlung,**  
Fähnstraße 13.

**Wer?**  
Messerwaren, Waffen,  
Patronen,  
Brillen, Reisszeuge  
kaufen will, wird an's beste u. preis-  
werteste bedient bei  
**Diedrich Terschau**  
Breitestr. 27 Lübeck. Fernspr. 1165  
Ausbessern und Schneiden.

**F. G. T. O.**  
Deutsche Großloge Lubeca No. 59  
tagt jeden Dienstag und Freitag  
abends 9 Uhr  
bei **Hasse, Johannisstraße 25.**  
Aufnahme neuer Mitglieder besteht.

**Verband d. Fabrik-, Hand-, Hilfs-  
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.**  
Vereinslokal Lübeck.

**Wahlversammlung**  
am Dienstag den 22. Mai  
abends 8 1/2 Uhr  
bei **Hasse, Johannisstraße 25.**  
Aufnahme neuer Mitglieder besteht.

1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Wahl eines Delegierten zur Konferenz  
in Hamburg  
3. Botenwahl.  
4. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Die Ortsvereinsleitung.

**Hansa-Theater**  
Dienstag zum letzten male:  
**Die kleinen Vagabunden.**  
Sensationsstück in 8 Bild. von Sinley.  
Vorverkauf in Sager's Zigarren-  
geschäft und an der Theaterkasse.  
Mittwoch: Premiere.  
Silbersteins Fliederwochen.

**Stadthallen-Theater.**  
Dienstag, 22. Mai. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Zum letzten male:  
**Mikado.**

## Vom Aussperrungsstiller der Metallschmiedemacher.

Es dürfte wohl hinlänglich bekannt sein, daß die gegenwärtigen Macher in der Metallindustrie keinen ethischen Frieden mit den Arbeitern schließen wollen. Sie sind in dem Wahne befangen, daß es ihnen durch Aussperrungen einerseits und einen gelassenen Terrorismus gegen minder kapitalkräftige Unternehmer andererseits gelingen werde, die Forderungen der Arbeiter endgültig zurückzuweisen und die Organisation der Arbeiter zur Ohnmacht zu verdammen. Der Versuch wird ihnen zwar nicht gelingen, immerhin aber muß damit gerechnet werden, daß sie mit der größtmöglichen Brutalität versuchen werden, ihr Ziel zu erreichen. Einen kleinen Vorgeschmack dessen, was die Herren stiftet, gibt die neueste Aussperrung in Torgelow, von der 800 Formner und Schleiferarbeiter betroffen wurden. Man berichtet darüber: Im Jahre 1905 wurde in Torgelow ein Tarifvertrag zwischen dem Verein der Torgelower Schleifermeister und dem Metallarbeiterverband und Gewerksverein (Hirsch-Dunder) abgeschlossen. Dieser Vertrag lief am 15. April 1906 ab. Es wurde fristgemäß vier Wochen vorher gekündigt, und bei der Kündigung den Unternehmern mitgeteilt, daß die Kündigung wesentlich erfolge, um den in der Form unvollkommenen Tarif in einigen Punkten zu ändern. Außer formellen Änderungen kamen unwesentliche Erhöhungen einiger Akkordpreise, die Garantie eines Mindestlohnstandes und die Aufhebung der vierzehntägigen Kündigung des Arbeitsverhältnisses in Betracht.

Es erfolgte die Antwort, daß „über Fabrikordnung und Löhne jeder Arbeitgeber im Bereich der Metallindustrie zu verhandeln hat.“ Dieser Beschluß wurde von den Arbeitgebern so ausgelegt, daß sie verstanden, in den Fabriken nach einem selbst angelegten Wahlmodus Leute wählen zu lassen, die verhandeln sollten. Daß die Arbeiter darauf nicht eingehen konnten, ist ganz selbstverständlich. Sie teilten den Fabrikanten durch Besetzung einer einstimmig beschlossenen Resolution mit, daß sie die Befreiung des Tarifes bewahren, da dieser den wirtschaftlichen Frieden in Torgelow bisher durchaus gesichert habe, daß sie aber den Frieden nicht ohne weiteres brechen, sondern durch Kommissionen verhandeln wollten, welche von den Arbeitern durch freie Wahl dazu ernannt würden.

Inzwischen wurde die Kündigung eingezogen, den Unternehmern aber gleichzeitig mitgeteilt, daß die Arbeiter bereit seien, durch die von ihnen gewählten Kommissionen in den 14 Tagen bis zum Ablauf der Kündigung zu verhandeln.

Das geschah denn auch, und es wurde mit drei Firmen eine Einigung erzielt, den Inhabern dieser drei Firmen auch mitgeteilt, daß die Arbeiter die allerhöchste rechtserzwingende Zugeständnisse annehmen. Bei diesen Firmen wurde keine Einigung erzielt, weil die Zugeständnisse denn doch so gut wie nichtig waren, ja teilweise noch eine Verschlechterung gegen den bisherigen Zustand bedeutete.

So standen die Dinge, als der Gesamtverband der Metallindustriellen seinen Aussperrungsbeschluß faßte. Es mußte jetzt der Versuch gemacht werden, die Sache beizulegen, weil der Metallarbeiterverband nicht noch durch eine neue Arbeitsüberlegung in das Feuer gehen wollte.

Am Sonntag, den 13. Mai, wurde seitens der Bezirksleitung im Eisenstandes mit den Vertretern des Gewerksvereins ein Kollegium eröffnet, das die Leistungen der beiden Organisationen nach Lage der Sache zu einem Streit ihre Bestimmung nicht geben konnten. Das wurde den Arbeitgebern, die zur selben Stunde eine Versammlung hatten, natürlich ebenfalls noch bekannt. Am Montag, den 14. Mai, gingen die Arbeiter wie gewohnt zur Arbeit-

stelle, um unter Zurücknahme der Kündigung ihre Arbeit fortzusetzen.

Andererseits machten die Unternehmer. Sie schickten alle, die gekündigt hatten, wieder nach Hause, mit der Erklärung, daß sie am Mittwoch noch Beschäftigung erhalten würden! Der Mittwoch kam und der Beschäftigte blieb aus. Am Abend des Mittwoch fand eine Versammlung statt, in welcher der Beschäftigte gefaßt wurde, die Arbeit zu den von den Fabrikanten gestellten Bedingungen aufzunehmen. Doch auch heute noch (17. Mai) sind die sämtlichen mehr als 800 Mann ausgesperrt! Das ist ein Akt der Unternehmerrutalität, der noch kaum dagewesen sein dürfte! Die Arbeiter nehmen die von den Unternehmern gestellten Bedingungen an und gehen zur Arbeit, und die Unternehmer sperren die selben Arbeiter aus! Dieser Willkürakt ist ausgeführt von den Unternehmern, welche für die gesamte Eisengießerei-Industrie Deutschlands die Schmutzflanzung bilden. Bemerkenswert ist noch, daß auch zwei Unternehmer, denen die Arbeiter schon mehrere Tage vorher die Annahme der Vorschläge mitgeteilt hatten, mit ausgesperrt haben. Nur eine Firma (Dr. Bollgold) hat sich an der Aussperrung nicht beteiligt.

Wenn solche Unternehmerrutheiten die Arbeiter nicht in ihre Organisationen hineinziehen, dann gibt es keine Mittel mehr. Es ist zu erwarten, daß derartige brutale Aussperrungen noch mehr erfolgen. Siehe sich daher jeder Arbeiter vor und trete seiner Organisation bei!

Inzwischen wird noch bekannt, daß die Berliner Metallschmiedemacher beschlossen haben, am 2. Juni 60 Prozent der in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter auszusperrten. Die Aussperrung beginnt also!

## Soziales und Parteileben.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Die Schiffmannschaften, Maschinisten und Feuerbesatzen des Generalstreiks der Schiffe für alle Stationen längs der Oder. — Der Schuhmacherstreik in Frankfurt a. M. ist noch nicht beendet. Die Vereinbarung ist nur mit dem Arbeitgeberverband getroffen, welchem die 32 größten Geschäftsinhaber angehören. — Eine allgemeine Bauarbeiteraussperrung in Deutschland. Am 17. Mai hielt der Zentralverband der Baugewerbetreibenden Delegierten in Wien eine Delegiertenversammlung seiner Fachvereinigungen ab, in der die Aussperrung sämtlicher in der Baubranche beschäftigten Arbeiter im Prinzip beschlossen wurde.

Im Falle Bismarck schreibt die „Breslauer Volksmacht“: Bismarck ist nunmehr aus dem Allerheiligenhospitale entlassen worden. Seine Wunde ist zwar, wie das bei so schweren Verletzungen selbstverständlich, noch nicht verheilt, immerhin ist er soweit hergestellt, daß der ständige Aufenthalt in der Krankenpflege nicht mehr nötig war. Bei einem Besuche des Bismarck auf unserer Redaktion abstrahierte, hatten wir Gelegenheit, ihn als einen durchaus ruhigen, überlegten Menschen kennen zu lernen, der zu allem andern als zu Ausstellungen gegenwärtiger Art geneigt ist. Bismarck schätzte und noch einmal den Herzog, wie er sich am 19. April in dem Hause Hildebrandstraße 25 abgespielt hat. Was alles, was er erzählt, bedarf sich vollständig mit unsern Darstellungen des Falles. Die stehenden Bewohner des Hauses hatten hinter sich die Tür geschlossen, trotzdem drangen zwei Schulleute mit gezogenen Säbeln ein; die Bewohner flüchteten nach hinten, mit ihnen Bismarck; dieser stürzte zu Boden und es folgte sofort ein Schlag in den Rücken; er stand auf und wollte zur Treppe hinauf, aber gleich einem zweiten Hieb auf den Hinterkopf. Da hat er den Schuhmann, der ihn doch aufhören zu schlagen, er habe mit der Sache nichts zu tun, er habe den ganzen Tag gearbeitet und wolle nun nach

seiner Wohnung. Doch der Schuhmann schlug blindwütend auf den die Treppe hinaufgehenden ein, und die linke Hand lag auf dem Boden. Bismarck, der sich sofort klar war, um was es sich handelte, schrie laut auf, der Schuhmann aber war feige genug, sofort umzukehren und zu verschwinden, ohne sich um sein Opfer zu kümmern. Erst durch uns hat Bismarck erfahren, daß gegen ihn ebenfalls das Untersuchungsverfahren schwebt. Bismarck meinte er dazu: Es fehlt bloß noch, daß sie mich jetzt auch in Haft nehmen.

Verbandsrat der Schmiede. Am Donnerstag wurde die Debatte über die Presse fortgesetzt. Dem Berichterstatter der Preßkommission wurde teilweise scharf entgegengetreten, soweit es sich um die „Vorwärts“-Angelegenheit handelt. Anträge lagen nicht vor. Der hierauf folgende Punkt der Tagesordnung lautet: Unsere Politik. Der Verbandsvorsitzende Lange, Hamburg, der hierüber referierte, verteilte in der Hauptsache den Standpunkt, daß man bei Streiks und Lohnbewegungen mit größtmöglicher Vorsicht zu Werke gehen müsse. Nach dem Referenten sprachen die acht Gauleiter des Verbandes über die Situation in ihren Gauen. Die Ausführungen des Referenten sind in einer von ihm beantragten Resolution zusammengefaßt, dieselbe lautet: „Da nach den Erfahrungen die Aussperrungen und Streiks immer größer werden und weitere Dimensionen annehmen, wodurch dem Verbands immer größere Unkosten entstehen, wird den Mitgliedern die Pflicht auferlegt, größere materielle Opfer als bisher zu bringen. Um aber andererseits auf wirtschaftliche Streiks und Aussperrungen zu verhüten, werden die Ortsvereinigungen angewiesen, nur dann in eine Lohnbewegung einzutreten, wenn dazu eine geeignete Zeit vorhanden ist und der Vorstand seine Zustimmung dazu gegeben hat. Die Politik der Arbeitgeber geht heute dahin, bei allen Lohnbewegungen und Ausständen die Zahl der Ausständigen nach Möglichkeit zu vergrößern. Die Mitglieder des Verbandes sind darauf hinzuwirken, daß sie die Maschinen der Arbeitgeber nach Möglichkeit durchkreuzen müssen, damit dadurch die großen Aussperrungen, welche bisher für unsere Berufsangehörigen in keiner Weise einen materiellen Vorteil brachten, aber große Opfer erforderten, nach Möglichkeit vermieden werden. Für die Kaiserzeit bleibt die Resolution, welche auf der vorigen Generalversammlung in Halle gefaßt wurde, als zu Recht bestehen.“ — Die Diskussion über diesen Punkt der Tagesordnung wurde noch nicht beendet.

Zur Aussperrung der Buchbinder. In allen hiesigen Städten des Reichs suchen die Buchbinderbesten von Berlin und Leipzig Buchbinder, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. In die gesamte Arbeiterkategorie in- und außerhalb des Reichs richten wir das Ersuchen, Zugang nach Leipzig und Berlin unter allen Umständen fern zu halten. Die süßesten Versprechen werden gemacht, und doch ist klar, daß sie von den Prinzipalen nicht gehalten werden können. G. W. Solten die Arbeiter, welche bis jetzt von Arbeitgebern hergestellt worden sind, jetzt durch jüngere oder ältere Hilfsarbeiter gemacht werden. Jedem Hilfsarbeiter muß es klar sein, daß nach Wiederaufnahme der Arbeit letztere der Aussperrten die Hilfsarbeiter vollständig überflüssig sind. In übrigen ist die Situation unverändert. — In Stuttgart sind entgegen hiesigen Meinungen bis jetzt erst 10 Personen ausständig. Die Streikleitung.

Vom Aussperrungsstiller schreien die deutschen Unternehmer jetzt ergriffen zu sein. Der Verband deutscher Kachelofenfabrikanten teilt mit, daß am 1. Mai im Reichshaus in Berlin abgehaltenen außerordentlichen Verbandsversammlung zur Unterstützung der Breslauer Mitglieder die Aussperrung der Kachelofenarbeiter sämtlicher Kachelofenfabriken Deutschlands beschlossen wurde. Die Sperrung tritt am 3. Juni ein. — Weiter soll den Arbeitnehmern in der Steinbrud- und Lithographiegewerbe in ganz Deutschland gekündigt werden, wenn vorher in Mag-

## Im Banne des Spiritismus.

Reizroman von Friedrich Schlegel.

(15. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Das junge Mädchen mochte etwa so alt wie sie selbst sein, zeigte aber eine kleinere Gestalt bei etwas lippigeren Formen. Die flammenden Augen und der geistliche Ausdruck ihrer energischen, aber lieblichen Züge stimmten zu dem metallischen Glanz des tiefblauen Hauptes, der an Fülle mit demjenigen der jungen Baronin wohl in Konkurrenz zu treten vermochte. Geist, Lebenswürdigkeit, Heterkeit paarten sich mit einem feurigen, sprühenden Wesen, mit Leidenschaft und Stolz.

Agnes wußte nicht, warum ihr sofort der Gedanke kam, daß die schöne Fremde bei Spenden des Kranzes sei — wenn es der Fall war, so glaubte sie auch zu wissen, wer die junge Dame war. Zunächst jedoch lag ihr nur der Zweck ihres Besuches im Sinne, sie trat in die Umfassung, legte die mitgebrachten Blumenkörbe nieder und verfaß für kurze Zeit in eine Art stiller Andacht. Ihre Hände falteten sich, ihre Lippen bewegten sich in leisem Gebet. Ihre Augen ruhten mit einem Ausdruck inniger Liebe auf der einjüngigen Brust, als sehe der geliebte Tote lebend vor ihr und sie schone in ein schönes, edles Gesicht.

Die Fremde fürte sie durch keine Bewegung, durch keinen Laut — erst als Agnes das Erbgekränis verließ und die Tür wieder verschloß, schickte sie sich an, sich zu entfernen.

Die junge Baronin hielt sie mit einem halblauten Ruf zurück.

„Ach Fräulein, Sie vergehen —“

Die Fremde blieb stehen und ging der auf sie zutretenden Agnes einige Schritte entgegen.

„Nicht wahr, Sie haben diesen Kranz auf meines Bruders Grab gelegt?“

Das junge Mädchen erwiderte ein wenig: „Nun ja, ich war es.“ erwiderte sie nach kurzem Zögern. „Einfachlich Sie die Freiheit, die ich mir genommen. Ich fand das Grab verschlossen, aber die Einfassung nicht so hoch, daß ich mir nicht hätte helfen können. Der Friedhofswärter mußte den Schnee, so gut es unter diesen Umständen ging, hinwegkehren, dann hob ich den Kranz über das Gitter hinweg und ließ ihn auf den Hügel niedergleiten. Vielleicht war es nicht recht von mir.“ Ich sie leiser hinzu.

„Nicht recht? O, ich danke Ihnen von Herzen für Ihre ständige Aufmerksamkeit — Sie wußten, daß heute sein Geburtstag ist?“

„Ja.“

Die beiden Mädchen sahen sich einander an, mit einem halb neugierigen, halb verächtlichen Blick. Endlich sagte Agnes:

„Nicht wahr, Sie — Sie sind Fräulein Hedwig Simrath?“

„So heiße ich — und Sie sind Fräulein Agnes von Tillo?“

Agnes bejahte durch eine Bewegung ihres Hauptes und sagte mit Wärme die Hand der lebenswürdigen Spenden.

„Ich freue mich, Sie kennen zu lernen, Fräulein Simrath, ich habe schon lange den Wunsch gehabt, schon als — als er noch lebte. Er hat mir oft von Ihnen erzählt — und — nach seinen Versicherungen durfte ich erwarten, dereinst näher — viel näher als es nun jemals möglich ist — mit Ihnen bekannt zu werden.“

Hedwig senkte die langen dunklen Wimpern und beschattete ihre Augen mit der Hand, um den trüben Glanz des Schmerzes zu verbergen, der für einen Augenblick in ihnen aufleuchtete.

„Der arme Siegfried — es hat nicht sollen sein“, murmelte sie erschüttert.

Wieder blieben die jungen Mädchen einander an — jeder gewahrte eine Träne auf dem Antlitz der andern.

„Sie haben ihn also doch geliebt?“ fragte Agnes schüchtern.

„Ich fühle, daß es so gewesen sein muß“, entgegnete Hedwig leise. „Vorher war ich mir auch nicht recht darüber klar — o, der edle lebenswürdige junge Mann — wir hatten ihn alle so gern — daß er ein so furchtbares Ende finden mußte! Was müssen Sie und Ihre arme Frau Mutter geküßt haben und noch leiden!“

„Sie haben recht — Mama ist jetzt noch tief unglücklich — ihr Seelenzustand und ein Unfall, den sie jüngst erlitt, verhindern sie, mich zu begleiten.“

„Ich kann es mir denken“, versetzte Hedwig ernst, „Einen solchen Sohn zu verlieren — gnädiges Fräulein, der rachsüchtige Mörder hat nicht nur sein, sondern auch Ihrer Mutter Herz getroffen!“

„So glauben Sie, daß er ermordet worden ist?“ fragte Agnes hastig.

Hedwig starrte sie verwundert an. „Und Sie nicht? Ist es denn nicht unumstößlich festgestellt?“

„Unumstößlich wohl noch nicht. —“

„Aber der Mörder ist doch verhaftet?“

„Ueber die anmutigen Züge des Fräuleins glitt ein schmerzliches Lächeln.“

„Arthur von Tillo ist unfähig, eine solche Tat zu begehen; er ist unschuldig angeklagt und es ist ein Wahnsinn ihn zu beschuldigen.“

Hedwig erkannte aus dem Bittern der sanften Stimme ihrer neuen Bekannten, daß sie eine Seite berührt haben müsse, die nicht harmonisch klang. Ein Frauenauge ist sehr geschärft für alle mit dem Zustande des Herzens zusammenhängenden Erscheinungen. „Sie liebt ihn“, dachte die Tochter des Professors Simrath, und wollte sehr zartfühlend

